

Vorwort:

Wie immer hat **dieBasis** eine Menge zu bieten. Am 18.11.2023 steht der nächste Parteitag des Stadtverbandes Bielefeld an. Hierzu habt Ihr bereits die Einladung per Mail erhalten. Falls Ihr sie nicht findet, schaut bitte mal in den Spam-Ordner oder meldet Euch bei Bedarf. Wer selbst kandidieren möchte, teilt das bitte frühzeitig mit unter: bielefeld@diebasis.nrw.

Weiterhin bitten wir aus organisatorischen Gründen, Eure Teilnahme per Mail mitzuteilen.

Bitte besucht auch unsere regelmäßigen Schwarmtreffen, Stammtische und Aktionen. Schaut mal auf unsere Internetseite unter Termine.

Bürgerbeteiligung in Bielefeld

Ansprechpartner: Jochen König presse.bielefeld@diebasis.nrw

Ein guter Ansatz, der dringend ausgebaut werden muss

Dem Verfasser fielen im August in der Stadt Plakate der FDP auf. Slogan: Staus beginnen im Rathaus. Vor dem Hintergrund der geplanten, multimodalen Bielefelder Verkehrspolitik (25% Radfahrer, 25% Autos und 50% ÖPNV) war die Teilnahme an einer FDP-Altstadtbegehung am 28.08.23 durchaus interessant. Die Umgestaltung an der Süsterkirche, an der Renteistraße und im Leineweberpark, am Klosterplatz und am Bunnemannplatz waren sog. Lupenpunkte. Ein Team aus Politik, Altstadtbürgern und Kaufmannschaft sowie drei Expertenbüros beschäftigten sich bis Ende September mit der Erstellung entsprechender Konzepte. Am 28.09.23 wurden die drei entwickelten Planungen (<https://altstadtraum.de/>) der Öffentlichkeit im Historischen Saal der Alten Spinnerei vorgestellt. Anwesend waren etwa 60 Personen, aus Politik, der Verwaltung, der Expertenbüros, Altstadtvertretern und nur etwa 10 interessierte Bürger.

Die vorliegenden Konzepte wurden in je 20 Minuten vorgestellt. Das dauerte nach Vorreden und technischer Panne bis gegen 19:00, dann durfte sich der Bürger online bis 21:30 an der Abstimmung beteiligen. In allen Konzepten ging es um die Aufwertung der Altstadt durch:

1. mehr Außengastronomie,
2. veränderte und Fahrrad freundlichere Verkehrsführung,
3. weniger Parkstellen,
4. einheitliche Bepflasterung,
5. mehr Grünflächen und bessere Niederschlagsverwertung.

"In ihrer Empfehlung an die Politik haben sich die Jurymitglieder am 29. September mit nur einer Gegenstimme für den Entwurf von Scape und Runge IVP ausgesprochen. Nun ist es an der Politik, final zu entscheiden, welches Konzept für die Neugestaltung des Altstadtraumes in den kommenden Jahren umgesetzt werden soll. In den Sitzungen der politischen Gremien im November 2023 soll dazu eine Entscheidung getroffen werden. Alle drei eingereichten Konzepte des Ideenwettbewerbs werden ab dem 5. Oktober noch einmal für 2 Wochen im Foyer des Technischen Rathauses präsentiert." (Text unter o.g. Link)

Der Verfasser hat sich an der Abstimmung nicht beteiligt, weil er unsere Altstadt bereits so ansprechend findet, dass die für das Projekt erforderlichen Mittel dringender für Schulen, Kitas und andere soziale Einrichtungen eingesetzt werden sollten.

Was lernen wir daraus? Bürgerbeteiligung macht nur dann Sinn, wenn sich der Bürger auch beteiligt.

1. Dazu muss ihm die Stadt mehr Zeit zur Entscheidungsfindung gewähren und ihm auch die Möglichkeit der kompletten Ablehnung eines Projektes einräumen.
2. Allerdings muss auch der Bürger den Veröffentlichungen der Stadt konsequent nachgehen, um qualifiziert mitreden zu können.

Der Verfasser empfiehlt in diesem Zusammenhang, die Publikationen der Stadt Bielefeld zu regelmäßig zu lesen. Dazu kann jeder den Newsletter abonnieren.

(<https://www.bielefeld.de/dialog/newsletter>) Ab Mai hätte bereits die Möglichkeit bestanden, sich aktiv mit dem "Altstadtraum" zu beschäftigen, aber wer wusste das schon?

Die weitere Nutzung des Jahnplatztunnels, die Neugestaltung des Geländes der Rochdale Kaserne und die Einrichtung der Fahrradgarage im Bunker unter dem Bahnhof sind ideale Themen für den Einzelnen, sich in Kommunalpolitik zu üben, denn das lohnt sich. Schließlich sind wir es, die alles bezahlen müssen.

Bielefeld steht auf

Ansprechpartner: Jochen König presse.bielefeld@diebasis.nrw

08.10.23, 14:00 auf dem Rathausplatz. Nach und nach treffen Demonstranten aus Bielefeld und aus verschiedenen Gegenden Nordrhein-Westfalens ein. Auf der anderen Seite, etwa 50 bis 80 Menschen, Antifa, Omas gegen rechts und einige Maskenträger, die gerade ein Lied mit der Zeile "auf sie mit Gebrüll" aus den Lautsprechern wummern. Da unsere Redner noch nicht begonnen hatten, ging der Verfasser mal rüber. Dort stand ein netter Herr mit einem Schild "mehr Bildung für Nazis" und "Faschismus ist keine Meinung". Während unserer Unterhaltung stellte sich heraus, dass er uns alle für Nazis hielt. Meine Einladung, zu unserer Kundgebung zu kommen und sich vom Gegenteil zu überzeugen, wurde dankend abgelehnt. Bei den Omas gegen rechts passierte dann so ziemlich das gleiche. Es ist eine absurde Situation: Menschen, die eigentlich auf unserer Seite stehen, verweigern sich dem Diskurs.

Dann begann unsere Kundgebung. Von verschiedenen Rednern wurde verdeutlicht, welche Probleme es zu bewältigen gibt. Im Grunde genommen kennen wir sie alle. Wenn einem allerdings die aktuelle Liste der anstehenden Themen drastisch "um die Ohren gehauen wird", dann stellt sich die Frage, was denn noch geschehen muss, um einen umfassenderen demokratischen Widerstand zu entfachen.

- Kriegspolitik,
- Cancel Culture,
- gesellschaftliche Spaltungen unterschiedlichster Art,
- Steuer- und Abgabepolitik (kalte Enteignung),
- Gesundheitspolitik,
- Energiepolitik,
- Informationsdefizite unserer Medien,
- desolate Zustände in unseren sozialen Einrichtungen,
- hohe Inflation,
- schwächelnde Wirtschaft,
- Kritik an unserer Rechtsstaatlichkeit
- Bericht über das polizeiinterne Stimmungsbild

und vieles andere mehr müsste doch reichen, um die verschiedenen Strömungen unserer Gesellschaft zu einem erfolgreichen, demokratischen Widerstand zu bewegen. Am Sonntag waren wir etwas über 500 Menschen, die einfach nicht bereit sind, sich beliebig gängeln zu lassen. Wenn Ihr Euch aufrafft, dann sind wir nächstes Mal wieder mehr?

Der digitale Abfallkalender

Ansprechpartner: Gustav Wiesecke gustav.wiesecke@diebasis.nrw

Heute war ein Brief im Briefkasten, so richtig analog mit Umschlag und zugeklebt. Dieser Brief wurde an alle Haushalte in Bielefeld geschickt, Absender: Stadt Bielefeld, Umweltbetrieb.

Der Inhalt: ein Anschreiben und eine kleine Broschüre, soweit nichts Ungewöhnliches. In dem Anschreiben geht es um die Änderung der Abholtermine ab dem 1. Oktober 2023 und das der Abfallkalender nur noch „digital“ zur Verfügung stehen soll.

Zitat: Und das aus gutem Grund! Denn mit der Umstellung auf den „papierlosen“ Abfallkalender werden wertvolle Ressourcen gespart und die Umweltbelastung wird deutlich reduziert.

Etwas weiter heißt es:

Zitat: Noch einfacher ist es für Smartphone-Nutzer: sie können sich ihren persönlichen Abfallkalender in einer sogenannten iCal-Kalenderdatei herunterladen und in den Terminkalender Ihres mobilen Gerätes einfügen – Erinnerungsfunktion inklusive! Oder Sie nutzen die kostenlose „Bielefeld Bürgerservice App“, die Sie über den Playstore (Android-Version) oder dem App-Store (Apple-Version) herunterladen können.

Also darum geht es, eine App. Schauen wir mal in die beigelegte Broschüre, hier werden vier Bereiche beschrieben:

1. Bielefeld Bürgerservice App
2. iCal-Datei
3. PDF generieren
4. und zuletzt - falls Sie kein Smartphone oder keinen Internetzugang besitzen ...

Jetzt weiß ich ja Bescheid, ich soll auf meinem Smartphone eine „Bürgerservice-App“ installieren, die in mein Endgerät eingreift. Was diese App noch alles macht, davon steht da nix. Anstatt den Abfallkalender wie gewohnt zu verteilen, wird ein Brief geschrieben, darin eine App beworben, eine Broschüre von einer Agentur entworfen, gedruckt und zusammen mit dem Anschreiben verschickt. Und wenn ich wie gewohnt meine Abfallkalender an die Pinnwand hängen möchte, kann ich ihn ja selbst ausdrucken.

„Und das aus gutem Grund! Denn mit der Umstellung auf den „papierlosen“ Abfallkalender werden wertvolle Ressourcen gespart und die Umweltbelastung wird deutlich reduziert.“

Ich staune nur noch. Was hat das alles gekostet? Mit wie viel Dreistigkeit wird hier erwartet dass ich mein Endgerät einer Behörde zu Verfügung stelle?

Bei jeder App muss ich den Nutzungsbedingungen zustimmen, die so formuliert und umfangreich sind, dass sie keiner mehr versteht. Jeder App-Betreiber kann meine Daten benutzen und mit anderen App-Betreibern eine umfangreiche Datensammlung anlegen. Dadurch werden wir in allen Lebenslagen durchleuchtet. Jeder schaut ein bisschen bei uns rein. Und jetzt noch eine Behörde?

Ist dir das bewusst? Fange an alle App's die Du nicht unbedingt brauchst zu löschen.

Jetzt zum letzten Punkt in der Broschüre:

Zitat: Und zuletzt – falls Sie kein Smartphone oder keinen Internetzugang besitzen ...
... können Sie den gedruckten Kalender weiterhin kostenlos abonnieren. Bitte rufen Sie uns für eine Bestellung an oder schreiben eine E-Mail. Dann senden wir Ihnen den Kalender wie gewohnt in Papierform jedes Jahr automatisch zu.

Na super, der Abfallkalender ist also schon gedruckt und steht zu Verfügung, aber nur wenn ich es auch will. Wie hieß es doch gleich im Anschreiben:

„Und das aus gutem Grund! Denn mit der Umstellung auf den „papierlosen“ Abfallkalender werden wertvolle Ressourcen gespart und die Umweltbelastung wird deutlich reduziert.“

Brandstifter im gemeinsamen Haus Europa

Ein Beitrag der Redaktion der dieBasis Bund vom 04.19.2023,
Redaktion (nsf) AG Frieden, Allgemein
von Michael Aggelidis und Florian Pfaff, Sprecher der AG Frieden

NATO-Generalsekretär Stoltenberg hat in einer Rede am 7. September im EU-Parlament ¹ offen zugegeben, was außerhalb Deutschlands eigentlich schon jeder weiß: „Putin zog in den Krieg, um eine NATO-Präsenz nahe seinen Grenzen zu verhindern. Er erreichte das Gegenteil.“ („So he [Putin] went to war to prevent NATO, more NATO, close to his borders.“)

Der Ukraine-Krieg ist also, wie Stoltenberg selbst erklärt, die logische militärische Konsequenz der NATO-Osterweiterung bis an die ukrainisch-russische Grenze, welche nichts anderes war als eine Ausweitung US-amerikanischer Erstschlagskapazität gegen die Russische Föderation. (Stoltenbergs Rede im englischen Original:

https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_218172.htm?selectedLocale=en)

NATO-Generalsekretär Stoltenberg ist also der Meinung, dass der russische Einmarsch in die Ukraine weder „unprovokiert“ war, noch der Errichtung eines neuen russischen Zarenreiches dient. Im Osten Europas tobt ein Krieg, weil die NATO russische Sicherheitsinteressen wieder und wieder missachtet hat – also die Russische Föderation bewusst und gezielt provozierte. Die NATO nutzt den Krieg, um „das Gegenteil“ dessen zu tun, was die russische Regierung noch Ende 2021 in ihrem Angebot für einen Sicherheitspakt vorschlug, nämlich, „dass die USA und ihre Verbündeten keine militärischen Stützpunkte in Nicht-NATO-Ländern installieren, die einmal Teil der Sowjetunion waren. Außerdem solle das Bündnis seine Truppen auf die Positionen von 1997 zurückziehen, also vor dem Beginn der Osterweiterung“. (Quelle: ZEIT v. 17.12.2021 ²)

Die NATO-Staaten haben den Geist des Zwei-Plus-Vier-Vertrages von 1990 verraten. Der Vertrag verpflichtete die damals existierenden beiden deutschen Staaten und die vier Siegermächte UdSSR, Frankreich, Großbritannien und USA, ein gegenseitiges friedliches Miteinander zu fördern, die Sicherheitsinteressen eines jeden zu berücksichtigen, sich gegenseitig nicht als Gegner zu betrachten und auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit hinzuarbeiten. Erklärtes Ziel des Zwei-Plus-Vier-Vertrages war ein „Gemeinsame Haus Europa von Wladivostok bis Lissabon“. Die Ost-Erweiterung der NATO unter Federführung der USA ist ein Bruch des Zwei-Plus-Vier-Vertrages und damit eine Verletzung auch des deutschen Interesses an Frieden in Europa. Dass Stoltenberg dies nun offen zugibt, ist insofern hilfreich, als es zur Versachlichung der Debatte in Deutschland beitragen kann.

„In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten. Merken Sie sich das, egal was man Ihnen im Geschichtsunterricht erzählt.“ (Egon Bahr, 2013)

Theoretisch hat die deutsche Justiz ein effektives Mittel um Stoltenbergs Aussagen aus der öffentlichen Debatte herauszuhalten. Jeder, der Stoltenbergs Sicht wiederholt, der also den russischen Einmarsch in die Ukraine nicht als „unprovokiert“ einordnet, kann in Deutschland wegen „Verharmlosung eines Angriffskrieges“ angeklagt werden, was auch vereinzelt passiert (z.B. in Düsseldorf: <https://www.freidenker.org/?p=16970>).

Man darf gespannt sein, ob ein deutscher Staatsanwalt Anklage gegen den NATO-Generalsekretär erheben wird, nachdem dieser den russischen Einmarsch mit russischen Sicherheits- statt Großmachtinteressen erklärt hat. Besser wäre natürlich: darüber reden.

Quellen:

- 1 https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_218172.htm
- 2 <https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-12/ukraine-konflikt-russland-nato-sicherheitspakt?utm>
- 3 <https://www.other-news.info/nato-admits-that-ukraine-war-is-the-war-of-nato-expansion/>

Kontakt zur Redaktion der Basis: redaktion@diebasis-partei.

Basistas können aktiv werden

Ansprechpartner: Jochen König presse.bielefeld@diebasis.nrw

Was passiert in Euren Stadtteilen?

Wir treffen uns regelmäßig zu unseren Schwarmtreffen, bei unserem Stammtisch, in unseren AGs. Schaut mal auf unsere Seite (<https://bielefeld.diebasis.nrw/>). Da findet Ihr unsere Termine.

Denn eine echte Informationsquelle, die uns fehlt, sind aktuelle Aktivitäten in Euren Stadtteilen. Was läuft gut, was läuft schlecht? Wir freuen uns auf Eure Nachrichten, denn wir haben ein interessantes Projekt in der Pipeline:

Um aus unserer Blase herauszukommen, planen wir die Publikation eines Bürgerbriefes nach dem Vorbild der Paderborner Basistas. Ein globales Thema und als Neuerung dazu regionale Themen aus dem Raum Bielefeld sind als Inhalte vorgesehen. Dazu brauchen wir Eure Informationen, **und wir brauchen Verteiler!**

Bei Basistas in anderen Orten in OWL sind wir mit dieser Idee auf großes Interesse gestoßen. Wir müssen präsenter werden! Themen gibt es zur Genüge, und 2024 sind Europawahlen und 2025 Kommunal- und Bundestagswahlen. Grund genug, sich zu engagieren, um wieder einen frischen und demokratischen Wind durch unser Land wehen zu lassen.

Wahlen in Bayern und Hessen

Ansprechpartner: Gustav Wiesecke, Jochen König presse.bielefeld@diebasis.nrw

Eine Nachlese zum üblichen Geklingel

Sofort nach den ersten Hochrechnungen starteten die ersten Interviews, denn man weiß, da verschiebt sich hinterher nicht viel. Nun denn, wer Erfolg hatte, war stolz auf seine Leistung, wer verloren hatte, gab der Regierung die Schuld. Nun ist die Zeit der Analyse. Auf jeden Fall hat der Wähler mal einen klaren Auftrag erteilt, mal hat er nicht verstanden, welche gute Arbeit die Verliererparteien geleistet haben. Obwohl; Verliererparteien gibt es eigentlich nicht, weil alle Parteien einen tollen Wahlkampf gemacht haben und mindestens das beste schlechte Ergebnis ihrer Geschichte eingefahren haben oder so. Das ist Wahlkampf-Rhetorik, die nichts bringt. Liefern wir also eine Hilfestellung:

SPD: Googelt doch mal die Begriffe "sozial" und "demokratisch" und vielleicht auch noch Deutschland und strickt da draus ein Parteiprogramm, aus dem mehr hervorgeht als: wir wollen regieren, egal mit wem und mit welchen Inhalten. Es ist schon tragisch, wenn Ihr eine Nancy Faeser ins Rennen schickt, die sich gleichzeitig ein Pöstchen in Berlin sichert. Das wirkt wenig überzeugend ist aber dafür irgendwie symptomatisch für Euren Verein. Siehe hierzu auch den Artikel in der Basis Aktuell 01 2023:

https://mittel-bar.de/diebasis/dieBasis-Aktuell-01_2023.pdf

FDP: In Hessen habt Ihr nach (hoffentlich gültigem) Auszählen der Briefwahl mal gerade 5%. In Bayern 3,5 %. Warum mögen Euch die Menschen nicht? Auch Euch würde der Verfasser ins Stammbuch schreiben, googelt mal "demokratisch". Zu einer Demokratie gehören nicht nur die Besserverdienenden, sondern alle. Und der Durchschnittsmensch ärgert sich ebenso über Arroganz und manipulierte Haushaltentwürfe, wie über eine ständige Gewinnverteilung von unten nach oben.

Linke: Weltmeister in der Disziplin Selbstzerlegung. Keine Ahnung, wie Euch noch zu helfen ist.

Grüne: Ihr standet mal für Frieden, Umwelt und Gerechtigkeit. Jetzt für Kriegstreiberei, ÖKO-Katastrophen und Verbote. So langsam scheinen auch Eure Wähler aufzuwachen. Besinnt Euch mal auf Eure Wurzeln.

CDU: Gut zugelegt! Wegen guter Oppositionsarbeit? Nein! Die Ampel ist so miserabel, dass eine Partei, die gerade nicht regiert, nur gewinnen kann. Wo sind Eure christlichen Standpunkte, wenn es um Krieg, demokratische Freiheit und Gerechtigkeit geht?

CSU: Ihr habt gewonnen, aber irgendwie nicht richtig. 0,7 % weniger sind undramatisch, dennoch gab es Schelte vom ehemaligen Vorsitzenden Huber, weil die Freien Bürger nicht ordnungsgemäß zu bändigen sind. Laut Söder ist der sich Grün gebende Koalitionspartner der schärfste Konkurrent der CSU. Na denn: auf gute Zusammenarbeit!

AfD: Trotz der medialen Kriegserklärung, ihr habt deutlich zugelegt. Obendrein seid Ihr für Deutschland, bei den Altparteien scheint das Gegenteil der Fall zu sein. Bleibt abzuwarten, was passiert, wenn es tatsächlich mal an die Regierungsarbeit geht.

Ob eine ehemalige Anstellung bei Goldman-Sachs von Alice Weidel, ihr Verhältnis zur Demokratie beeinflusst, vermag ich nicht zu beurteilen. Ob ein Friedrich Merz, als einer der ehemaligen Chefs von BlackRock, die richtige Führungsperson für ein demokratisch, rechtsstaatlich und sozial gerechtes Gemeinwesen wäre, bleibt nicht nur abzuwarten, sondern muss auch genauestens beobachtet werden.

Was nun? Siehe Schlussbemerkung des Artikels "Bielefeld steht auf!"

Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen

Ansprechpartner: Jochen König, Gustav Wiesecke presse.bielefeld@diebasis.nrw

Nicht wählen ist keine Lösung

Während Bayern eine hohe Wahlbeteiligung von 73,3 % (2018: 72,3 %) erreicht hat, gingen in Hessen nur 65,7% (2018: 67,3 %) der Wahlberechtigten ins Wahllokal.

So haben in Bayern mehr als **1/4** und in Hessen **1/3** (mehr als jeder 4., bzw. mehr als jeder 3.) der Berechtigten nicht gewählt. Diese Zahlen sprechen für sich. Während Parteienvertreter gerne vor diesem Hintergrund von "Politikverdrossenheit" sprechen, bevorzugen die Verfasser den Begriff "Politikerverdrossenheit". Unser politisches Personal zeichnet sich, in unserer Wahrnehmung vieler Bürger, durch Gesichtslosigkeit, Desinteresse am Bürger und Inkompetenz aus. Solche Menschen auch noch zu wählen, scheint dann ein Widerspruch in sich zu sein. Nicht zu wählen ist dennoch keine Lösung. Dazu ein kleines Rechenbeispiel:

1. 100 Menschen sind wahlberechtigt, und gehen auch alle zur Wahl.
20 wählen Partei X, das wären **20%** für diese.
2. 100 Menschen sind wahlberechtigt, und 50 gehen zur Wahl.
20 wählen Partei X, das wären nun **40%** für diese.

Daraus folgt:

Je weniger Menschen zur Wahl gehen, desto leichter können etablierte Parteien den Wählerwillen ignorieren. Eine hohe Wahlbeteiligung ist der ausschließliche Weg zur Basis-Demokratischen Veränderung.

Denk mal drüber nach.

Schwarmtreffen

Vergesst bitte unsere regelmäßigen Treffen nicht und bringt viele gute Ideen und Freunde mit. Unser nächstes Schwarmtreffen findet am 21.10.2023 statt, seid gespannt und besucht das Treffen zahlreich. Der Ort wird auf der Homepage bekannt gegeben. Besucht auch das regelmäßige Stammtischtreffen im Restaurant Kreta, nächster Termin 09.11.2023 ab 19:00 Uhr.

Alle Termine sind auf unserer Homepage <https://bielefeld.diebasis.nrw/> zu finden. Weitere Informationen findet ihr auf: <https://nrw.diebasis.nrw/news/>.

 **dieBasis** Stadtverband Bielefeld

Pressesprecher Jochen König
Schriftführer Gustav Wiesecke